Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

1. Februar 2016

Sanktionen bei SGB II-Leistungen aussetzen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1764 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Anlässlich der Überprüfung der Sanktionen bei SGB-II Leistungen durch das Bundesverfassungs-gericht fordert die Stadtverordnetenversammlung die Mitglieder des Verwaltungsrates des Jobcenters auf, sich für ein Aussetzen der Sanktionen bis zur abschließenden Klärung einzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1), Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2)
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Sanktionen bei SGB II-Leistungen aussetzen, 101.17.1764, wird **abgelehnt.**

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin